

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 16, 12. August 1998

rechts

Einblicke

Rechtsdrall

Von Albrecht Müller

Wenn der Bundestagswahlkampf 1998 vorüber ist, dann wird - ganz gleich, wie die Wahl ausgeht - das politische Klima in unserem Land stärker rechts geprägt sein. Denn die Angst vor den Rechtsextremen, auch wenn sie nicht in den Bundestag kommen, hat CDU und CSU zu einer Agitation verführt, die sich kaum vom Original unterscheidet.

Wie im rechten Spektrum der Weimarer Republik üblich, werden Sozialdemokraten mit totalitären Kommunisten in einem Topf verrührt. So werden in einer „Bild“-Anzeige der Union vom 22. Juli Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine mit Stasi-Mielke assoziiert - eine konkrete Umsetzung der Rote-Hände-Kampagne des CDU-Generalsekretärs Peter Hintze. Die Angst der Menschen, Opfer von Verbrechen zu werden, wird genutzt und immer wieder geschürt. Und diese wird geschickt mit dem Thema Ausländer verbunden. Die Polemik aus der Union gegen hier lebende Ausländer, Asylbewerber und Bosnienflüchtlinge, die Kälte, mit der über Abschiebung geredet und sie verfügt wird, und der Mangel an differenzierter Betrachtung unterscheiden sich häufig nicht von dem, was DVU, „Republikaner“ oder NPD propagieren.

Bei den Analysen der Ursachen rechtsextremen Denkens wird oft übersehen, welcher enger Zusammenhang zwischen rechter Einstellung und der heute herrschenden Grundphilosophie besteht. Der Schritt vom neoliberalen >Jeder ist seines Glückes Schmied< zum undemokratischen >Recht des Stärkeren< ist ja nicht weit. Auch nicht der Schritt von der Polemik gegen Sozialstaatlichkeit und den angeblichen Mißbrauch des sozialen Netzes zum gewalttätigen Haß auf Schwache, Behinderte und Ausgegrenzte.

Wenn dieses Land den rechten Ungeist los werden will, muß es sich seiner Grundrechte und Grundwerte erinnern, anstatt gegen sie zu polemisieren, wie es heutzutage in >besseren Kreisen< üblich ist.

Erstwählerbriefe

Die drei rechtsextremistischen Parteien haben als wesentliche Zielgruppe die Jungwähler im Visier. **Seite 2 ■**

Wahlkampfschlacht

In Mecklenburg-Vorpommern rechnen sich sowohl DVU als auch NPD Chancen für den Einzug in den Landtag aus. **Seite 3 ■**

Die Statthalter

Der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey hat einen Kreis enger - ihm loyal ergebener - Getreuer um sich geschart. **Seite 4 ■**

Auftrieb im Osten

Aktuellen Angaben der Verfassungsschützer zufolge laufen den rechtsextremen Parteien in den neuen Ländern die Mitglieder zu. **Seite 6 ■**

Elitenherrschaft

Der bekannte Ökonom Vilfredo Pareto gilt als politischer Klassiker der „Neuen Rechten“. **Seite 7 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Begehrte Erstwähler**

In der Hauptstadt kopieren „Republikaner“ und NPD die bewährte DVU-Strategie - Briefsendungen an Jungwähler.

Nach dem Wahlerfolg der DVU unter Jugendlichen bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist der Kampf um die Jungwähler auch in Berlin voll entbrannt. Sowohl die DVU als auch NPD und „Republikaner“, die alle drei bei der Bundestagswahl antreten, wollen ein wesentliches Augenmerk auf die unter 24jährigen richten. So müssen vor allem die 90.000 Erstwähler in der Stadt damit rechnen, in den kommenden Wochen mit Post überhäuft zu werden. Nach Altersgruppen geordnete Namen und Adressen erhalten die Parteien auf Antrag vom Berliner Landeseinwohneramt. Laut Verfassungsschutz verfügen die DVU in Berlin über 500, die „Republikaner“ über 850 und die NPD in Berlin und Brandenburg über 230 Mitglieder.

Während man sich bei der DVU bisher nur darauf einläßt, zuzugeben, daß Jungwähler eine wesentliche Zielgruppe seien und ansonsten darauf verweist, daß der Wahlkampf aus München koordiniert werde, stehen bei den konkurrierenden „Republikanern“ bereits alle Zeichen auf Sturm. 30.000 Erstwählerbriefe sollen in den kommenden Wochen verschickt werden, erklärte der Berliner Landesgeschäftsführer Reinhard Haese auf Nachfrage unumwunden; vor allem an „männliche Erstwähler in den ehemals östlichen Bezirken.“ Frauen, so Haese, sollten nicht angeschrieben werden, weil sie „in ihrem Wahlverhalten als intelligenter eingestuft werden und keine Erstwählerbriefe brauchen.“

Tatsächlich ist der bereits vorliegende Erstwählerbrief der REP - unterzeichnet mit „Es grüßt Dich, Sophie“ - eher einfach gestrickt. „Keine Lehre, kein Job, Zoff mit Ausländern, Drogendealer und kriminelle Gangs an den Schulen - soll das ewig so weitergehen?“ heißt es im Vorspann. Daran anschließend äußern sich mehrere Jugendliche mit Foto dazu, warum sie „Republikaner“ wählen - wie sie „gegen kulturellen Einheitsbrei und Esperantowährung“ sind oder die REP sich „zuerst für deutsche Interessen“ einsetzen.

Der Bundesvorsitzende Rolf Schlierer wird jovial als „BuVo“ eingeführt. „Unser BuVo ist zwar nicht der größte aller Parteivorsitzenden in Deutschland,

dafür aber mit seinen 43 Jahren der jüngste.“ Offensiv setzen die REP in Wahlkampf offenbar außerdem auf jugendliches Protestverhalten: „Zeige den Etablierten, was eine Harke ist, denn junge Deutsche wählen Republikaner.“

Mit den Erstwählerbriefen wolle man vor allem der DVU beikommen, erklärt Haese. „Wir müssen leider Gottes damit rechnen, daß Herr Frey da auch ganz massiv einsteigt.“ Als Konkurrenz der NPD sehe man sich anderslautenden Meldungen zum Trotz nicht. „Wir stehen auf dem Boden der FDGO. Außerdem hat die NPD im Ostteil ein festes Klientel, an das man ohnehin schwer herankommt.“

Tatsächlich verlautet aus der NPD-Zentrale, auf das Landeswahlregister gar nicht angewiesen zu sein. Der Pressesprecher des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Klaus-Jürgen Faber, gibt aber an, daß „wir schon über 10.000 Namen und Anschriften haben“ - angeblich von Jugendlichen, die sich als Reaktion auf Flugblätter oder andere Propagandamaterialien von sich aus bei der Partei gemeldet hätten. An Erstwählerbriefen, so Haese, werde zur Zeit noch gearbeitet.

Eine Kostprobe des Inhalts geben die Materialien, die die NPD bereits seit längerem verteilt. In einem Flugblatt, mit dem die NPD vor Fußballstadien hausieren geht, heißt es unter der Überschrift „Der Nationale Widerstand verlangt jetzt:“ „Nationale Solidarität mit den deutschen Opfern ausländischer Gewalt“ sowie „Endlich Schluß mit dem Asylschwindel!“ Ein besonders perfides Argument findet sich unter P.S.: Hätten die Indianer rechtzeitig >Stopp< gesagt, würden sie heute nicht in Reservaten sitzen“. Auf der Rückseite des Handzettels werden Lichterketten für „junge nationale Deutsche“ sowie „tausende deutscher Frauen und Mädchen, die Opfer ausländischer Vergewaltiger sind“, gefordert.

Auch laut aktuellen Studien steht zu befürchten, daß das Potential für rechtsextreme Parteien in der Hauptstadt enorm ist. Nach einer im Juni präsentierten Untersuchung der Senatsschulverwaltung wollen 20,9 Prozent aller Ost-Berliner Lehrlinge eine rechtsextreme Partei wählen. Im Westteil liegt danach der Anteil potentieller Rechtswähler unter Lehrlingen bei 11,5 Prozent, unter Schülern bei vier Prozent. Eine Anfang Juli vorgestellte Studie der Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft war zu dem Ergebnis gekommen, daß in der Hauptstadt elf Prozent der Gesamtbevölkerung zu rechtsextremen Positionen neigen, von denen die meisten allerdings etablierte Parteien wählen. Jeanette Goddar

Aktivitäten

Schlacht um Schwerin

Die rechtsextremen Parteien haben in Mecklenburg-Vorpommern mit massiver Wahlkampfpropaganda begonnen.

Seit zwei Monaten tobt der Wahlkampf der DVU, NPD und „Republikaner“ um den Einzug in das Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern (MV). Meinungsforscher schätzen das Potential an Rechtswählern in MV auf bis zu 18 Prozent. Um diese Klientel wird nun intensiv gebuhlt. Den „Republikanern“ kann man dabei die geringsten Chancen prophezeien. Bei der der DVU, die sich gute Chancen ausrechnet, ist allerdings noch offen, ob sie zu den Landtagswahlen am 27. September überhaupt zugelassen wird.

Die NPD setzt voll auf die Jugend. Damit sie bei den Jungwählern ankommt, hat sie ihren Parteiapparat so aufgebaut, daß viele Kreisverbände von Youngstern geführt werden. Mathias Meier (24) hat in Stralsund das Sagen, Steffen Reichow (21) in Neustrelitz. Dort fand gerade erst eine Aktionswoche statt. Bei der Parteidemonstration, auf der der parteilose Spitzenkandidat für die Bundestagswahlen in Stralsund, Manfred Roeder (69), vorgestellt wurde, ließen sich wie zuletzt häufig die Führungskräfte der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sehen. Weder der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Sascha Roßmüller, noch Bundesvorsitzender Holger Apfel - Landeswahlkampfleiter - fehlten. Nach Apfels Angaben hat die Partei innerhalb von einem Monat 150 neue Mitglieder in MV werben können. Er arbeitet eng mit Bundeswahlkampfleiter Ulrich Eigenfeld zusammen. Im Wahlkampfkonzept der NPD sind über 200.000 Flugblätter für MV veranschlagt, die man unter das Volk bringen will. Hinzu kommen noch einmal 5.500 Plakate. Ähnlich wie die rivalisierende DVU hat man auch schon die ersten Hauswurfsendungen „gestreut“. Die Materialschlacht ist also eröffnet! Dabei setzt man bei den Nationaldemokraten offenbar auf westliches Know-how für die „Operation MV“. Nicht umsonst wurde der 47jährige ehemalige Hamburger Hans Günter Eisenecker zum Landesvorsitzenden gekürt. Gezielt werden auch aus anderen Orten der alten Bundesländer Wahlhelfer nach MV geschickt. Die sich um Christian Worch und Thomas Wulff (beide Hamburg) scharrenden „Freien Nationalisten“ - so ihre eigene Bezeichnung - machen kein Hehl aus ihrer

Sympathie und Unterstützung der NPD-Aktivitäten. So wurde aus diesem Spektrum beispielsweise Thorsten de Vries in Neustrelitz gesehen.

Landtagsspitzenkandidat Kowalski (27) und der auf Listenplatz 2 stehende Eisenecker zeigen sich mit ihren Parteigängern offen im Wahlkampf. Da wird bei der Bäder-Wahlkampftour von Bundeskanzler Helmut Kohl auch schon einmal öffentlichkeitswirksam „gestört“. Sogar eine Diskussionsrunde im NDR diente als Forum. Voll eingespannt in den NPD-Wahlkampf ist auch der rechtsextremistische Liedermacher Frank Rennie, kürzlich erst vom Kreisverband Schwerin angepriesen. Gekoppelt mit dem Bundestagswahlkampf wird bundesweit für eine Demonstration am 19. September nach Rostock-Lichtenhagen mobilisiert. Dort soll unter anderem vor dem sogenannten „Sonnenblumenhaus“ eine Kundgebung stattfinden, jener skandalträchtige Ort, wo 1992 rechtsradikale und ausländerfeindliche Ausschreitungen weltweit Schlagzeilen machten, als von Vietnamesen bewohnte Gebäude sogar in Flammen aufgingen und es tagelange Straßenschlachten mit der überforderten Polizei gab. Mit 5.000 Teilnehmern wird dabei gerechnet.

Die DVU kann personell und infrastrukturell der NPD in MV nicht das Wasser reichen. Wie in Sachsen-Anhalt sollen eben gewaltige Finanzmittel (man spricht von zwei Millionen Mark) entsprechende Defizite kompensieren. Die Frey-Partei, die nicht in Bayern antritt, hat auch in MV „kleine Hochburgen“. Dazu zählt die Region um Greifswald, Güstrow und Wismar. Als Landeswahlkampfbeauftragter legt derzeit der angehende Student Olaf Hermann aus Berlin (23) etliche Kilometer zurück, um Überzeugungsarbeit zu leisten. Unter anderem ist es seine Aufgabe, sich die Dienste von ehemaligen DSU-Mitgliedern zu sichern, sofern dies noch nicht passiert ist. Der letzte DSU-Landesvorsitzende Peter Bohnsack hat bereits bei der DVU angeheuert. Zum Spitzenkandidat wurde Sven Elske (23) nominiert. Also auch hier eindeutig das Zeichen: Kräfte präsentieren, mit denen sich Jung-Wähler leichter identifizieren können. Als Landesvorsitzender operiert der Frey-Vertraute Fritz Nehls. Er löste nach Querelen im vergangenen Monat Birger Fust (27) ab.

Nicht zum ersten Mal ist jetzt allerdings parteiintern ein Streit ausgebrochen. Auf dem Landesparteitag in Neustadt-Glewe Anfang Juli soll nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein. Diese Vermutung lancierte Friedrich-Wilhelm Fischer an die Öffentlichkeit. Dafür kassierte er in bewährter Ma-

nier, was Frey-Kritiker angeht, den Parteiausschluß. Das Hauen und Stechen gipfelt jetzt darin, daß ein DVU-Spitzenfunktionär aus MV gar ein Parteiausschlußverfahren gegen den Bundesvorsitzenden Gerhard Frey anstrengen will. Entsprechende Meldungen des Magazins „Focus“ hat Manfred Dumm, DVU-Landesvorständler aus MV, bestätigt. Interner Zwist in Begleitung juristischen Geplänkels - genau das kann die Partei in der heißen Wahlkampfphase überhaupt nicht gebrauchen. Dadurch bekommt im Wettstreit der rechtsextremen Parteien die NPD einen unverhofften Vorsprung, was das im rechten Lager so oft propagierte „Saubermann“-Image angeht. B. Ohne



Aus der Szene

Braune Treffs

Für den 15. August ist im burgenländischen Mönchhof (Österreich) ein „Sommerkonzert“ mit den Gruppen „Schlachthaus“, „Ansgar“, „Sturmtrupp“ und dem NPD/JN-Funktionär Jörg Hähnel, Aktivist des „Studentenbundes Schlesien“ angekündigt. Veranaltet wird das braune Spektakel von der „Neuen Jugendoffensive“, der frischgebackenen Nachwuchsorganisation der neonazistischen „Partei Neue Ordnung“ von Robert Dürr, Schriftleitungsmitglied der antisemitischen Hetzschrift „Sieg“. In dem Einladungsschreiben zu dem „Sommerkonzert“ betonen die Veranstalter u.a. ihre guten Kontakte zur NPD-Jugend: „Wir bedanken uns für die hilfreiche Zusammenarbeit mit der JN und freuen uns auf zahlreichen Besuch auf Deutschland“. Angesagt ist auch ein „Überraschungsgast“, ferner werden „Teilnehmer aus den ehemals kommunistischen Staaten erwartet“.

Das rechtsextreme Konzert findet just an dem Tag statt, an dem seit nunmehr elf Jahren die bundesdeutsche Neonazi-Szene ihren - verbotenen - „Rudolf-Heß -Gedenkmarsch“ abhält. Auch in diesem Jahr wird dafür vom „Aktionskomitee Rudolf Heß“, namentlich von dem Neonazi-Funktionär Rüdiger Kahsner, mobilisiert. Es scheint sich abzuzeichnen, daß die sogenannten „Freien Nationalisten“ um Christian Worch und Thomas Wulff, sprich die alte Struktur der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, ihren NS-nostalgischen Aufmarsch erneut nach Dänemark (Roskilde/Greve) verlegen werden, während ein Großteil des NPD-nahen Flügels des Spektrums sich eher im Burgenland zusammentrommeln wird. Anton Maegerle

Hintergrund

Die DVU-Statthalter

Ehemalige NPD-Funktionäre bilden das Rückgrat des Apparates der Frey-Partei. Durch finanzielle Abhängigkeit ist deren Loyalität gesichert.

Auch in der österreichischen „Aula“ macht man sich intensiv Gedanken um die Zukunft der deutschen extremen Rechten. Seit Monaten wird in der Zeitschrift des „dritten Lagers“ eine Debatte über die strategischen, ideologischen und parteipolitischen Optionen zur Bundestagswahl geführt, in die fast alle Strömungen einbezogen worden sind. Inhaltlich tendiert die Sympathie dabei zur NPD, strategisch aber orientiert man sich an der gegenwärtig erfolgreichsten und erfolgversprechendsten Kraft - der DVU. „DVU vor dem Durchbruch?“ fragt Christian Rogler in der aktuellen Ausgabe, sieht in seinem Artikel eine Ablösung der „Republikaner“ durch die DVU, programmatische Vorteile der NPD, aber trotz eines Defizits in diesem Bereich strukturelle Merkmale bei der DVU, die diese begünstigen. Sein Schluß: „Dr. Frey unterstützen!“

Zwar bedürfe Freys Unternehmen dringend einer Umstrukturierung nach dem Vorbild des Front National „mit funktionstüchtigen Ortsverbänden, unabhängigen Unterstützungskomitees und Vorfeldorganisationen und Offenheit gegenüber Kräften einer fundamental rechten Gegengesellschaft und Gegenkultur“, wobei letztere von der „parteilosen nationalen Jugend“ bis hin zu „traditionalistischen Kräften in der Kirche“ reichen müsse, zwar sei eine Versöhnung mit den „fähigen Köpfen des patriotischen Lagers“, die sich, wie Harald Neubauer, einst mit Frey überworfene hatten, dringend geboten, doch biete die bisherige zentralistische und zentralisierte Struktur der DVU Freys auch positive Ansätze: „Er verfügt über eine Basis an loyalen Mitarbeitern, welche mit Sicherheit auch bei schnellem Erfolg der DVU einer möglichen Invasion von Karrieristen und einer Überfremdung der Partei durch Postenjäger, wie sie den Republikanern politisch einst das Genick gebrochen hatte, Einhalt gebieten könnten.“

Werden die Schönhuber, Otmar Wallner, Rudolf Krause, Hartmut Koch und wie sie alle heißen mögen, die jetzt von den „Republikanern“ zu den Futtertöpfen Freys pilgern, also bald innerparteilich

- analog zum historischen Vorbild - als „April-Gefallene“ belächelt werden? Wer bildet diese „Basis an loyalen Mitarbeitern“, auf die sich der Münchner Multimillionär bisher gestützt hat? An zentralen Positionen sind es ehemalige führende Funktionäre der NPD, die in der Phase der vorübergehenden Annäherung von NPD und DVU Ende der achtziger Jahre zu letzterer gefunden haben. Ihre Loyalität dürfte schon allein aus dem Grund gesichert sein, das sie von Frey finanziell abhängig sind. Da es sich bei ihnen um „Renegaten“ handelt, ist ein Weg zurück selbst im Falle des Scheiterns der Pläne Freys ausgeschlossen. Sie können nur mit ihm siegen oder untergehen.

■ Freys Allzweckwaffe ■

Ein Musterbeispiel für diesen Typ von DVU-Funktionär ist Heinrich Gerlach (*1948), der als Beruf Freier Journalist angibt. Er ist in den letzten Jahren so etwas wie Gerhard Freys Allzweckwaffe für Norddeutschland gewesen und gehört zu den seltenen Ausnahmen in der Partei, die auch ohne Anwesenheit Freys vor einem Mikrofon den Mund aufmachen dürfen. Nach dem Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt wurde er umgehend zum Fraktionsgeschäftsführer in Magdeburg bestellt. Eine Änderung in der Karriereplanung, denn eigentlich war vorgesehen, daß er nach der Bürgerschaftswahl vom September 1997 die künftige DVU-Fraktion in Hamburg führen sollte. Doch daraus wurde bekanntlich nichts. Wie sein jetziger Job mit der Tätigkeit in der Bezirksversammlung Wandsbek zu vereinbaren ist, wird wohl nach DVU-Art gelöst werden: per ordre mufti aus München. Mitte der neunziger Jahre war Gerlach nach Schleswig-Holstein geschickt worden, um dort als neuer Landesvorsitzender und Spitzenkandidat die Scherben und Splitter wieder zu kitten, die der Zerfall der bisherigen DVU-Fraktion im nördlichsten Bundesland hinterlassen hatte. Nachdem das mißglückt war, wiederholte er seinen Mißerfolg in Hamburg.

Zu Frey war Gerlach im Vorfeld der Europawahlen 1989 gestoßen. Damals wirkte er als Wahlkampfbeauftragter der DVU, auf deren Liste für das Europaparlament auch führende Funktionäre der NPD kandidierten. Daß die Aktivitäten durchaus im Einvernehmen mit der Parteispitze erfolgten, ist auch daran abzulesen, daß er 1990 auf Platz 12 der Landesliste NRW der NPD für den Bundestag platziert war. Seine politische Karriere hatte der Langzeitstudent in Bochum in den siebziger Jahren be-

gonnen, wo er am Aufbau des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ beteiligt war. Schnell brachte er es bis zum Landesvorsitzenden der JN in NRW, 1980 gar zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Mutterpartei. Der ehemalige Jura-Student mußte in dieser Phase aber auch Erfahrungen mit der Justiz als Angeklagter sammeln. Anfang Mai 1979 wurde er durch das Amtsgericht Göttingen wegen „fahrlässigen Falscheides“ zu einer Geldstrafe von 2.500 DM verurteilt. Im Prozeß gegen den damaligen NPD-Aktivist Udo Wiora im Oktober 1978 hatte er wahrheitswidrig beeidet, das dieser sich nicht am Tatort befunden habe. Wiora hatte am Rande einer Kundgebung, bei der Gerlach als Redner aufgetreten war, vermeintliche Gegner tätlich angegriffen

Wie Gerlach gehörte der aus Dortmund stammende Bernd Dröse, heute Bundespressesprecher der DVU, in den 70er Jahren zur sogenannten „Harting-Bande“, die von einem NPD-Aktionszentrum in Kamen aus operierte. Bereits als Schüler hatte Dröse, der in der Frey-Presse auch unter dem Pseudonym Bernhard Barkholdt schreibt, die damals NPD-nahe Zeitschrift „Mut“ an Mitschüler vertrieben. Über den Bundesvorstand der JN führte ihn sein Weg 1979 in den Parteivorstand der NPD. Wie Gerlach ist er seit 1989 für die DVU aktiv.

Eine ähnliche Karriere hat der dem Parteivorstand der DVU angehörende Hans Weidenbach (*1952) aus Bremen vorzuweisen. Vor seinen NPD-Aktivitäten war er bereits Mitglied der Nationalrevolutionären Basisgruppe Bremen, um dann in der Hansestadt zum Landesvorsitzenden der NPD aufzusteigen. Gleichzeitig war er Redaktionsmitglied des Parteiorgans „Deutsche Stimme“. Seine Kooperation mit der DVU geht auf das Jahr 1987 zurück, in dem er Gründungsmitglied der von Frey initiierten DVU - Liste D wurde. 1990 noch kandidierte er für die NPD zum Bundestag, 1991 wurde er für die DVU in die Bremische Bürgerschaft gewählt. Danach trat er zunächst der DVU bei und legte schließlich im Oktober 1992 den Landesvorsitz der NPD nieder. In seiner neuen Partei hat er es zum Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein und von Niedersachsen gebracht.

Die „zweite Garnitur“ der DVU besteht offenkundig aus „loyalen Mitarbeitern“ - an Gerhard Frey gebunden durch persönliche Abhängigkeit. Einen Weg zurück gibt es für sie nicht. Mitarbeiter wie der DVU-Chef sie sich wohl wünscht.

Andreas P. Zaleshoff

Verfassungsschutz

Länderberichte

Aktuellen Angaben zufolge konnte die NPD in Sachsen und in Thüringen zahlreiche Neumitglieder gewinnen.

Dominierende Kraft im rechtsextremen Spektrum ist in Sachsen eindeutig die NPD; laut aktuellen Angaben des sächsischen Landesamts für Verfassungsschutz konnte sie ihren Mitgliederstand (300 Anfang 1997) auf nunmehr knapp 1.400 steigern und wirbt weiterhin - offensichtlich erfolgreich - um Neuzugänge. Der sächsische NPD-Landesverband ist damit der weitaus mitgliederstärkste Landesverband der Partei überhaupt. Wie der sächsische Verfassungsschutz feststellte, erfolgte der größte Zulauf zur NPD durch Männer unter 30 Jahren, hauptsächlich Neonazis und Skinheads. In geringem Umfang, so die Behörde, läßt sich auch bei der DVU, der im Verfassungsschutzbericht für 1997 noch ein erheblicher Mitgliederschwund (300) bescheinigt wurde, wieder ein Auftrieb erkennen. Die „Republikaner“ rechnen sich mit einer auf 800 angewachsenen Anhängerschar augenscheinlich selbst hoch, da das Landesamt nach wie vor von 500 Mitgliedern ausgeht. Das im Bericht für 1997 mit ca. 2.550 (1996: 2.325) festgestellte rechtsextreme Personenpotential insgesamt in Sachsen ist in diesem Jahr nochmals um knapp 20 Prozent angestiegen und läßt sich, so die offiziellen Angaben, derzeit mit rund 3.000 beziffern. Den Löwenanteil des Zuwachses dürfte dabei die NPD aufgesogen haben, die offenbar auch Aktivisten neonazistischer Organisationen wie des „Nationalen Jugendblock Zittau“ und der im November 1997 selbst aufgelösten „Nationalen“ mit deren „Jungnationalen“ an sich gebunden hat. Angewachsen ist 1997 auch die Zahl der militanten Rechtsextremisten auf 900 (800), darunter 600 (450) rechtsextremistische Skinheads. In der Skinheadszone hat sich der Einfluß der organisierten Strömungen wie „Blood & Honour“ und „Hammerskins“ weiter verstärkt. Im Anstieg sind weiterhin die rechtsextremen Straftaten: 1997 insgesamt 1.473 Delikte, darunter 90 Gewalttaten, hauptsächlich Körperverletzungen, in 50 Fällen aus fremdenfeindlicher Motivation. Bei einer Reihe von Tatverdächtigen wurden Verbindungen zur NPD festgestellt. Die Zahl der für 1998 bis jetzt gemeldeten 47 rechtsextremen Gewalttaten dürfte angesichts sich häufender Überfälle leider schon bald überholt sein.

Im Aufwind befinden sich die rechtsextremistischen Parteien auch im benachbarten Thüringen. Zwar zahlenmäßig nicht so spektakulär wie in Sachsen, ist es der NPD dort immerhin gelungen, ihren Mitgliederstand vom Vorjahr (40) auf heute rund 200 Personen zu verfünffachen (Ende 1997 waren es noch 90), wie der thüringische Landesverfassungsschutz auf Nachfrage mitteilte. Rückenwind scheint es für die DVU zu geben, der im Verfassungsschutzbericht für 1997 noch ein Mitgliederstand von 40 attestiert wird und die jetzt über 100 Mitstreiter verfügen soll. Im Aufwärtstrend sind danach ebenso die „Republikaner“, die nach konstatiertem Rückgang in 1997 (260) wieder 40 Neumitglieder gewinnen konnten. Das rechtsextremistische Gesamtpotential wird im Verfassungsschutzbericht für 1997 mit 1.000 angegeben, wovon heute 60 Prozent den rechtsextremen Wahlparteien zuzurechnen sind. Aufzurüsten scheint dazu das neonazistische Spektrum, dies gilt insbesondere für das Sammelbecken „Thüringer Heimatschutz“, das laut Erkenntnissen der Verfassungsschützer jetzt über rund 120 Anhänger verfügt und „durch seine Organisationsansätze und Vernetzungsbemühungen“ herausragt. Die nichtorganisierte Neonazi-Szene wird mit 260 Personen beziffert, hinzu kommen noch rund 200 rechtsextremistische Skinheads.

Angestiegen ist im Berichtszeitraum auch die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten auf 1.206 (1996: 939) Vorfälle, darunter 140 (119) mit fremdenfeindlicher und 42 (33) mit antisemitischer Motivation. Erfreulich rückläufig waren die Gewaltdelikte mit 49 (89) Fällen, davon 18 (30) fremdenfeindliche und ein (3) antisemitisches Delikt.

Das Land Hessen, das keinen jährlichen Verfassungsschutzbericht veröffentlicht, hat vor wenigen Wochen einen Lagebericht zum politischen Extremismus mit Stand erstes Halbjahr 1998 herausgegeben. Demnach hat sich auch in Hessen das rechtsextreme Potential um 300 auf 4400 Personen erhöht. Zulauf gab es vor allem für die Parteien: die „Republikaner“ haben aktuell 1.800 (1996: 1.600) Mitglieder, NPD 350 (300); der Mitgliederstand der DVU stagniert mit 1.500. Das gewalttätige Spektrum, insbesondere rechtsextremistische Skinheads, beträgt rund 500 (450), hinzu kommen noch etwa 150 Neonazis. Hervorgehoben wird der in Hessen wohnhafte Ex-Rechtsterrorist Manfred Roeder, der heute eng mit der NPD verhandelt ist. Angestiegen ist auch die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten auf 436 (+108), in den überwiegenden Fällen Sachbeschädigungen. G.N.

Seitenblick**Ganz geheim**

Was wissen unsere Verfassungsschützer über die Rechtsextremen? Und wenn sie was wissen, woher wissen sie es?

Oberstes Gebot eines jeden Geheimdienstes ist der Quellenschutz: Informanten werden nicht preisgegeben. Daß der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Peter Frisch, von dieser eisernen Regel abwich, hatte einen ganz speziellen Grund: Er mußte vor einem Untersuchungsausschuß des Bundestags aussagen. Und dort gelten die Vorschriften der Strafprozeßordnung - also: Knast für Falschaussage!

Doch davor mußte sich Präsident Frisch nicht fürchten. In einem Fall durfte er rücksichtslos offenbaren, woher sein Amt bestimmte Kenntnisse hat. Nämlich aus einer offen zugänglichen Quelle. Und zwar - wer hätte das gedacht? - aus dem „blick nach rechts“.

Als Frisch dies freimütig auspackte, war er Zeuge im Verteidigungsausschuß, der die Serie rechtsextremer Ausschreitungen in der Bundeswehr zu untersuchen hatte. Bei Frischs Befragung ging es darum, ob nicht in der Bundeswehr bekannt sein mußte, daß Manfred Roeder ein verurteilter Rechtsterrorist ist. „Ob er sämtlichen Dienstgraden unbekannt war, weiß ich nicht“, wich Frisch aus.

Daraufhin hakte der SPD-Abgeordnete Volker Kröning nach: Ob denn in den Dienststellen des Verfassungsschutzes auch das Handbuch „Deutscher Rechtsextremismus“ ausgewertet würde, wollte der Volksvertreter aus Bremen wissen. „Sie meinen“, antwortete der oberste Bundes-Verfassungsschützer, „das neue Handbuch, das jetzt seit einiger Zeit auf dem Markt ist? ... Teilweise stimmt es, teilweise stimmt es nicht. Wir nutzen ansonsten in großem Umfang öffentliche Quellen. Wir lesen unter anderem auch ... den >blick nach rechts< und ähnliches, worin manche Sachen stehen, aus denen wir durchaus etwas herausziehen.“ Na bitte.

Wie nützlich der vom Verfassungsschutz so hoch eingestufte „blick nach rechts“ aufmerksamen Leserinnen und Lesern sein kann, weiß man auch beim Militärischen Abschirmdienst, dem eigenen Verfassungsschutz der Bundeswehr. „Ich gehe davon aus“, bemerkte Frisch, „daß der MAD auch den >blick nach rechts< liest.“

Bleibt zu hoffen, daß er künftig in beiden Nachrichtendiensten noch genauer studiert wird. Dann wäre so manche Panne vermeidbar. Hans Löwe

Hintergrund**Herrschaft der Eliten**

Der bekannte Ökonom und Soziologe Vilfredo Pareto kann als intellektueller Wegbereiter des italienischen Faschismus angesehen werden.

Der vor 150 Jahren, am 15. Juli 1848 in Paris geborene Ökonom und Soziologe Vilfredo Pareto verfügt auch heute noch über ein nicht zu unterschätzendes Ansehen in den jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen. Gleichzeitig gilt er aber auch als intellektueller Wegbereiter des italienischen Faschismus und politischer Klassiker der „Neuen Rechten“. Nicht zufällig hat ihn denn auch der Chefideologe der „Nouvelle Droite“ Alain de Benoist in seinem Hauptwerk „Aus rechter Sicht“ (Tübingen 1984, Bd. 2, S. 120-129) entsprechend rezipiert. Jene demokratiethoretisch interessante Komponente wird indessen häufig bei der sonstigen Pareto-Rezeption übersehen.

1893 wurde Pareto auf einen Lehrstuhl nach Lausanne berufen, wo er bis 1911 wirkte. In jener Phase veröffentlichte Pareto zahlreiche Bücher und Zeitschriftenaufsätze zu den unterschiedlichsten soziologischen und ökonomischen Fragestellungen, wobei die den Marxismus als reine Utopie entlarvenden Arbeiten einen thematisch herausragenden Stellenwert hatten. Zu den Hauptwerken gehörten „Cours d'économie politique“ (1896), eine Darstellung der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft, „Les systèmes socialistes“ (1902), eine kritische Auseinandersetzung mit den sozialistischen Lehren, „Manuale di economia politica“ (1906) zur politischen Ökonomie und „Trattato di sociologia generale“ (1916), sein in über zweitausend Paragraphen gegliedertes soziologisches Hauptwerk. Nach der Emeritierung beschäftigte sich Pareto weiterhin mit wissenschaftlichen Fragen der unterschiedlichsten Fachdisziplinen bis zu seinem Tod im August 1923.

Kurz nach der Ernennung Mussolinis zum Ministerpräsidenten ernannte man Pareto im Dezember 1922 zum Vertreter Italiens in der Abrüstungskommission des Völkerbundes und im März 1923 zum Senator. Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis Paretos zum Faschismus und umgekehrt. Mussolini hatte eine Zeitlang Paretos Vorlesungen in Lausanne besucht und sich von diesen

- insbesondere bezüglich der sogenannten realistischen Darstellung sozialer Prozesse und deren Wahrnehmung über eine Elitetheorie - beeindruckt gezeigt. Pareto selbst nahm gegenüber der faschistischen Bewegung eine wechselhafte Auffassung an: Vor dem Regierungsantritt Mussolinis herrschte eine reservierte Einstellung vor, die danach in Form von anerkennenden Worten über das neue Regime stärkerer Zustimmung wich. Allerdings geschah dies immer noch - im Schwanken zwischen Hoffnung und Skepsis - mit Vorbehalten, insbesondere hinsichtlich der Befürchtung von kriegesischen Verwicklungen und der Einschränkung der Meinungsfreiheit, wobei letzteres keineswegs grundsätzlich mit einer Verteidigung des damit verbundenen Menschenrechts einher ging, was noch zu zeigen sein wird.

Pareto selbst gehörte nach dem Regierungsantritt Mussolinis zu den am intensivsten von Vertretern des Regimes umworbenen Intellektuellen und Wissenschaftlern: In faschistischen Publikationsorganen erschienen Lobeshymnen auf ihn, sogar die Bezeichnung „Karl Marx des Faschismus“ kursierte und Mussolini schlug ihn für hohe Ehrungen vor. Allerdings weigerte sich Pareto damit verbundene Ernennungen anzunehmen oder umging hierbei eigentlich notwendige Schritte.

■ Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates ■

Ausgangspunkt von Paretos soziologischem Denken ist das am Ideal der exakten Naturwissenschaften ausgerichtete Bekenntnis zu einer reinen Erfahrungswissenschaft, die sich normativen Bewertungen völlig entziehen sollte. Da er nichts befürchte, erhoffe oder verlange, hielt ihn auch nichts davon ab, die Wahrheit zu sagen. Völlig frei von Gefühlen und Werten müsse man sich gesellschaftlichen Entwicklungen um einer wirklich wissenschaftlichen Darstellung und Analyse willen nähern; ein anders ausgerichtetes Wissenschaftsverständnis stellte er unter Ideologie- und Religionsverdacht. Ein solches Wissenschaftsverständnis schließt - um eines angeblichen Realismus willen - die Gültigkeit ethischer Werte aus. Die Auffassung von der naturrechtlichen Begründung der Menschenrechte etwa steht solchen Positionen diametral gegenüber und gilt in Paretoscher Sicht als bloßer Humanitätsglaube.

Derartige Sichtweisen prägten auch die Handlungslehre, die zwischen logischen und nichtlogi-

schen Handlungen unterschied: Erstere sah Pareto dann als gegeben an, wenn das erreichte Ziel mit dem von Handelnden verfolgten Zweck übereinstimmte. Demgegenüber seien nichtlogische Handlungen solche, deren Resultat nicht mit dem verfolgten Zweck übereinstimme. Entweder mangle es an einer vorsätzlichen Absicht oder das vom Handelnden angestrebte Ziel sei nicht zu erreichen. Pareto ging es dabei darum, nachzuweisen, daß die nichtlogischen Handlungen bei den menschlichen Tätigkeiten überwiegen. Kritikwürdig und verwerflich erschien ihm dabei nicht der Tatbestand als solcher, sondern der Versuch, nichtlogische Handlungen als logische zu rechtfertigen. So würden etwa Handlungen als Ausdruck rationaler Erkenntnisse und Entscheidungen dargestellt, seien aber viel stärker durch Gefühle, Leidenschaften und Triebe motiviert. Deren Verschleierung durch scheinbar logische Motive bezeichnete Pareto als Phänomen mit dem selbst geschaffenen Kunstwort „Derivationen“, während er im Unterschied dazu die offen erkennbaren nichtlogischen Handlungsmotive psychischer Art (Instinkte, Triebe etc.) mit „Residuen“ kennzeichnete.

Neben dieser Lehre von Handlungsmotivationen kommt für Paretos Soziologie noch seiner Theorie von der Zirkulation der Eliten eine besondere Bedeutung zu: Im Unterschied etwa zur marxistischen Gesellschaftslehre, die die Geschichte als einen Kampf von Klassen deutete, sah Pareto die historische Entwicklung auf der politischen und sozialen Ebene durch einen ständigen Wechsel der Eliten gekennzeichnet. Derartige Entwicklungen würden von den Historikern nicht zur Kenntnis genommen; diese gingen fälschlicherweise immer davon aus, Konflikte in der Geschichte seien vom Aufeinandertreffen von Aristokratie und Regierung einerseits und dem Volk andererseits geprägt. Demgegenüber meint Pareto, es sei in Wirklichkeit anders: „1. Es handelt sich um einen Kampf zwischen zwei Aristokratien. 2. Die an der Macht befindliche Aristokratie wechselt ständig; die heutige wird nach einem gewissen Zeitraum durch ihre Gegner ersetzt. ... Ein Zeichen, das fast immer die Dekadenz einer Aristokratie ankündigt, ist das Eindringen humanitärer Gefühle und manierter Gefühlsduselei, die sie unfähig machen, ihre Positionen zu verteidigen“ (Vilfredo Pareto, *Ausgewählte Schriften*, Frankfurt/M.-Berlin 1975, S. 130f). Insofern teilte Pareto diesbezüglich die Gesellschaft in drei Bereiche ein: die herrschende Elite, die nicht-herrschende Elite und das Volk. Die nicht-herrschende Elite versuche im Namen des Volkes, die herr-

schende Elite zu stürzen, um selbst herrschende Elite zu sein, um dann später wieder von einer anderen nicht-herrschenden Elite in dieser Funktion abgelöst zu werden.

Solche soziologischen und wissenschaftstheoretischen Auffassungen machten sich konsequenterweise auch in Paretos politischen Einschätzungen und Positionen bemerkbar, offenbarte der einflußreich wirkende Soziologe doch eine ablehnende Haltung gegenüber den Wertvorstellungen eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ebenso wie die Bejahung eines autoritären bis diktatorischen Systems. Derartige Positionen mußten sich nicht zwingend aus seiner Wissenschaftsauffassung, Handlungslehre oder Eliten-Theorien entwickeln, in ihnen waren aber entsprechende Ansatzpunkte durchaus vorhanden. Durch die Handlungslehre wurde etwa die Gültigkeit von Normen wie den Menschenrechten als verschleierte Ideologie objektiv in Frage gestellt, womit eine tragende Wertesäule eines demokratischen Verfassungsstaates delegitimiert wird. Mit dem Pareto-schen Wissenschaftsverständnis werden historisch-politische Prozesse nur noch als Anwendung von oder Bemühungen um Herrschaftstechniken gesehen, womit sich automatisch ein Votum zugunsten eines autoritären Machtstaates verbindet. Und schließlich negiert die Elite-Theorie mit der Auffassung vom Kampf zwischen herrschender und nicht-herrschender Elite das Volk als politischen Faktor, was bei Pareto dann auch konsequenterweise in die Ablehnung des Gedankens von der Volkssouveränität führt.

■ „Die Macht schlägt ohne Barmherzigkeit“ ■

In aller Deutlichkeit offenbarten sich die demokratietheoretischen Konsequenzen der Auffassungen Paretos in einem kurz nach seinem Tode 1923 erschienenen kürzeren Aufsatz mit dem Titel „Pochi punti di un futuro ordinamento costituzionale“ („Einige Bemerkungen zu einer künftigen Verfassungsordnung“), der auch als „Politisches Testament“ des Autors gilt. Er will darin ähnlich wie der von ihm verehrte Nicolo Machiavelli in seinem „Il Principe“ einige Lehrsätze aus der geschichtlichen Erfahrung vortragen: Gewalt und Konsens sind für Pareto die Fundamente der Regierung. „Deshalb verdienen es die beiden wichtigsten, bisher vom Faschismus getroffenen Maßnahmen, daß man sie ohne Einschränkung lobe: die Gründung der na-

tionalen Miliz und die Bildung der Regierung, nicht durch Vertreter der parlamentarischen Cliquen, sondern der im Lande bestehenden, großen Strömungen der Gefühle.“ Zwar meint Pareto ganz in diesem Sinne, „...die Herrschaft des Volkes taugt wenig und die seiner Repräsentanten noch weniger“, das Parlament sei aber durchaus nützlich und erhaltenswert, allerdings nicht als politischer Entscheidungsträger, sondern lediglich als Forum für die Artikulation der Gefühle, Interessen und Vorurteile der Massen. Die gegenwärtige Kammer sei für den Faschismus optimal, sie könne keinen Schaden anrichten. Um zu wissen, worin der Konsens der Mehrheit bestehe, sei eine Kammer überaus nützlich, ebenso die Pressefreiheit und das Referendum. All das gilt Pareto als Gradmesser für die Akzeptanz der Regierung, der gegenüber zwar Unmut geäußert werden könne, politisch wirkungsvolle oppositionelle Bestrebungen gelte es aber zu unterdrücken: „Laßt die Raben krächzen, aber seid unerbittlich in der Unterdrückung der Taten. Wer sie vollbringen will, muß wissen, daß die Macht ihn ohne Barmherzigkeit schlägt... und das Wahrscheinlichste ist, daß er nicht einmal versucht, sie zu vollbringen.“

Insofern könne man auch großen Strömungen von Gefühlen, seien diese philosophischer oder religiöser Natur, einen Freiraum zur Artikulation geben, ohne den Verlust von Machtpositionen befürchten zu müssen. „Die schlimmsten Feinde einer Ordnung“, so Pareto, sind diejenigen, die sie ins Extrem treiben wollen.“ Genau darauf komme es nämlich an, nicht mittels repressiver Gängelung, sondern durch formale Vorschriften solle deren Wirkungsmöglichkeiten Einhalt geboten werden. Abschließend bemerkt Pareto: „Der Mittel sind unzählige, das Ziel ist einzig und allein, sich der demokratischen Ideologie von der Souveränität der Mehrheit zu entledigen. Das Ansehen, der Schein, sollen ihr bleiben, weil dies mächtigen Gefühlen schmeichelt, doch die Substanz gehöre einer Elite, weil dies... das Beste ist“. (V. Pareto, Einige Bemerkungen zu einer künftigen Verfassungsordnung, in: Etappe Nr. 6/Dez. 1990, S. 92-96).

In diesem „Politischen Testament“ betätigte sich der Autor also ganz offen als Berater des faschistischen Mussolini-Regimes, dem es mit der Betonung der Notwendigkeit bestimmter Freiheiten eben nicht um die Wahrung von Rechten, sondern um die effektvollere Absicherung der sich gegen die Volkssouveränität richtenden Elitenherrschaft ging.

Armin Pfahl-Traugher

Hintergrund**Kein „Bilderbuch für Verliebte“**

Im märkischen Rheinsberg bleiben nach Überfällen durch rechtsextreme Jugendliche die Touristen weg - Polizeipräsident fordert Bürgersinn und Mut

Als sich Kurt Tucholsky kurz nach der Jahrhundertwende an den Triangelplatz in Rheinsberg erinnerte, beschrieb er eine Idylle: „Der Mond gespensterte in den Bäumen, ein Obelisk stand seitwärts drohend da und warf einen scharfen Schatten. Das Laub rauschte auf.“ Rund 90 Jahre später hat sich der Ort, den der Dichter in seinem „Bilderbuch für Verliebte“ so eindrucksvoll schilderte, allerdings radikal verändert. Wo einst die Bäume rauschten, befindet sich heute eine Bushaltestelle und der längst baufällige Obelisk gammelt seit Jahrzehnten vor sich hin. Und auf den Bänken rund um den Platz treffen sich Abend für Abend etwa zwei Dutzend biertrinkender junger Männer mit Kurzhaarschnitt, die offenbar nur ein einziges Ziel verfolgen: Sie wollen den Ruf der zwischen Seen und Wäldern gelegenen märkischen Kleinstadt völlig ruinieren. Die Clique hat es inzwischen jedenfalls geschafft, daß die dringend erwarteten Touristen aus Berlin und den alten Bundesländern immer häufiger einen großen Bogen um Rheinsberg machen. „Es gibt bereits Stornierungen in den Hotels“, klagt der stellvertretende Bürgermeister Smilgies. „Dabei bieten wir hier praktisch alles, was die Menschen glücklich machen kann. Und so ein paar Kriminelle machen die Aufbauarbeit zunichte.“

Die „paar Kriminellen“ haben der vom Tourismus lebenden Stadt bereits mehrfach Schlagzeilen beschert. Es begann im Mai, als ein 17jähriger Rheinsberger zwei Schüler und eine Schülerin aus Berlin ohne erkennbaren Grund anpöbelte und attackierte - ein junger Türke und ein Farbiger wurden dabei erheblich verletzt. Wenig später traf es Peter Böthig, den Leiter der örtlichen Tucholsky-Gedenkstätte: Der 40jährige kam kurz vor 24 Uhr von einer Veranstaltung zum Thema „Man ist in Europa einmal Staatsbürger und 22mal Ausländer“, als er plötzlich von einer Horde junger Männer in Bomberjacken durch die Stadt gejagt und schließlich von dem 18jährigen Mirco S. zusammengeschlagen wurde. Der von der Polizei schon

kurz nach der Tat ermittelte Schläger hatte übrigens in der gleichen Nacht auch noch zwei Berliner Touristen als „Kanakenschweine“ beschimpft. Er wurde in einem Schnellverfahren zu vier Wochen Jugendarrest verurteilt.

Für Bürgermeister Peter Richter sind die Vorfälle in der 5000-Einwohner-Stadt ein Teil der zunehmenden rechtsextremen Tendenzen unter den ostdeutschen Jugendlichen. „Die Ausländerfeindlichkeit ist in den letzten Jahren schlimmer geworden“, seufzt der Politiker. „Gefragt ist jetzt Zivilcourage“. Doch zu einer von der Stadt organisierten Demonstration gegen rechte Gewalt erschienen gerade einmal 250 Bürger. Weitgehend erfolglos arbeiten auch zwei aus ABM-Geldern finanzierte Streetworker, die versuchen, den jungen Rechten wenigstens Arbeitsplätze zu beschaffen - was sich angesichts einer offiziellen Arbeitslosigkeit von 25 Prozent als reine Sysphusarbeit erweist. Außerdem haben die jungen Männer mit den kahlgeschorenen Köpfen den ersten für sie gegründeten Jugendclub nach kurzer Versuchsphase kurz und klein geschlagen, so daß das Haus geschlossen werden mußte. „In Rheinsberg ist einfach nichts los“, klagt ein junger Lehrling und weist darauf hin, daß die einzige Disco im vergangenen Jahr dichtgemacht hat. Als Ausweg aus der Misere scheint nur die Polizei zu bleiben: Seit drei Wochen wird der Triangelplatz rund um die Uhr bewacht.

Doch den Politikern der kleinen Stadt ist inzwischen klargeworden, daß sie das Problem allein mit Hilfe der Polizei nicht in den Griff bekommen werden. Der zuständige Polizeipräsident Peter Kirmse hat jüngst alle Verantwortlichen zusammengerufen und ihnen erklärt, daß jetzt in Rheinsberg und anderswo Bürgersinn und Mut gefordert sind. Kirmse: „Wir können nicht soviel Polizei aufstellen, daß wir jede Schulklasse schützen können. Die Leute dürfen nicht weiter weggucken.“ Seit einiger Zeit existiert in Rheinsberg immerhin ein Jugendcafé der „Arbeiterwohlfahrt“, in dem sich die „normalen“ Jugendlichen der Kleinstadt treffen. Außerdem hat die Stadt mit Unterstützung durch mehrere Berliner Firmen ein Multimedia-Café eröffnet, in dem sich die Jugendlichen mit dem Internet beschäftigen können. Einen Tip für die Zukunft gab auch ein in Berlin lebender Türke, dessen Sohn in Rheinsberg von rechten Jugendlichen überfallen worden war. „Früher wurde gesagt, wir Ausländer sollen uns anpassen“, sagte der Mann. „Jetzt sollen sich die Rheinsberger in die westdeutsche Gesellschaft integrieren“. Sebastian Bähr

Demokratische Initiativen

Juden in Halberstadt

In Halberstadt, wo seit 1942 keine Juden mehr leben, soll das jüdische Erbe aktiv gepflegt und bewahrt werden.

Der nächste Ehrenbürger von Halberstadt wird ein Jude sein. Das wäre an sich schon bemerkenswert, wird es aber noch mehr, wenn man weiß, daß unter den 45.000 Einwohnern der Kreisstadt in Sachsen-Anhalt kein einziger Jude ist. Dabei betrug der jüdische Bevölkerungsanteil hier zeitweise rund zehn Prozent. Halberstadt war eine berühmte Hochburg der Orthodoxen. Die ersten, schon 1146 in der Stadt eingetroffenen Juden waren aus Halle vertrieben worden. Die früheste urkundliche Erwähnung im 13. Jahrhundert bezog sich auf Schutzgeldzahlung. Im 800jährigen Zusammenleben von Juden und Christen gab es wie überall Höhen und Tiefen, aber meist schätzte man die jüdischen Bürger als gute Halberstädter, die, wie im 18. Jahrhundert der Bankier Berend Lehmann und im 19. Jahrhundert der Fabrikant Aron Hirsch, viel für das Gedeihen der Stadt taten. Als die Nazis 1933 an die Macht kamen, gab es noch 714 Halberstädter Juden. Diese Zahl wurde systematisch dezimiert. Man sperrte Juden ein, schikanierte sie, zwang sie zur Auswanderung. Die letzten 151 wurden 1942 vor der Polizeiwache auf dem Domplatz zur Deportation zusammengetrieben. Das sollte der Schlußstrich einer stolzen Geschichte werden.

Aber die Juden haben ihr Halberstadt und Halberstadt seine Juden nicht vergessen. Einer, der sich darum über Jahrzehnte verdient gemacht hat, ist der Stadtchronist Werner Hartmann, Jahrgang 1922. Das Schicksal der Juden bewegte ihn, seit er als junger Mann aus dem Krieg zurückgekehrt war. Mit seinen bescheidenen Möglichkeiten wollte er zur Wiedergutmachung beitragen. Zunächst kümmerte er sich um die drei jüdischen Friedhöfe und drängte auch den Rat der Stadt mit Erfolg dazu, etwas zu ihrer Pflege und Erhaltung zu tun. Von seinen Aktivitäten erfuhr eines Tages der letzte Rabbiner der Synagogengemeinde Halberstadt, Hirsch Benjamin Auerbach, der 1939 in das damalige Palästina auswandern mußte. Er besuchte ihn und seine Vaterstadt 1962. Auch Juden aus anderen Ländern, sogar aus den USA und Brasilien kamen, um an den Gräbern ihrer Vorfahren zu beten. Verbindungen bahnten sich an, von den DDR-Behör-

den nicht eben begeistert gesehen und sehr genau beobachtet, aber nicht verhindert.

Einen Verbündeten fand Hartmann Ende der 60er Jahre in Pfarrer Martin Gabriel von der evangelischen Liebfrauenkirche. Aus dem Auerbach-Besuch entwickelte sich ein regelmäßiger Briefwechsel. Hartmann erfuhr, daß in Tel Aviv ein Verein der ehemaligen Halberstädter Juden bestand und daß die inzwischen alt Gewordenen nach wie vor und trotz allem, was geschehen war, ihre einstige Heimatstadt im Herzen trugen. 1987/88 begann der Stadtchronist, Hefte über die Geschichte der Juden in Halberstadt zu schreiben, von denen inzwischen das siebente erschienen ist. Ein bedeutendes Ereignis war, als 1982 - zum 40. Jahrestag der Deportierungen - direkt am altehrwürdigen Halberstädter Dom ein Denkmal für die ermordeten und vertriebenen Juden in Gestalt einer aus düsteren Eisenträgern geformten ausgebrannten Menorah und einer Marmorplatte mit Davidstern und Thora-Text installiert wurde. Schöpfer war der Bildhauer Johann-Peter Hinz, heute Präsident des Stadtrates.

Nach der Wende wurde ein Verein zur Bewahrung des jüdischen Erbes gegründet, der 30 Mitglieder hat. Hartmann konnte endlich zum Gegenbesuch nach Israel fahren, zu dem er längst eingeladen war. Dort lernte er auch Jitzchak kennen, den jüngsten Sohn des Rabbiners Auerbach. Er war 1938 als letzter Jude in Halberstadt geboren. 1992 wurde auf dem Domplatz das Mahnmal „Steine des Gedenkens“ mit den Namen der früheren jüdischen Mitbürger eingeweiht. Vor über zwei Jahren nahm in der Stadt eine Mendelsohn-Akademie ihre Tätigkeit auf, die sich systematisch mit der jüdischen Geschichte befaßt. Ein neues Quartier erhält sie am 9. November um die nach 1938 zerstörte Synagoge, wo Schritt für Schritt die alte, durch die Juden mitgeprägte Bebauung wiederentsteht. Die einst der Rabbiner-Ausbildung dienende Klaus-Synagoge wird Sitz und Veranstaltungsort der Akademie.

Ende August, wenn Jitzchak Auerbach seinen 60. Geburtstag begeht, reist eine Delegation unter Leitung von Oberbürgermeister Hans-Georg Busch und Johann-Peter Hinz nach Israel, um dem letztgeborenen Halberstädter Juden die Ehrenbürgerwürde zu erweisen. Das wird, wie so vieles, was in der Domstadt zur jüdischen Thematik geschieht, eine Demonstration und ein Bekenntnis sein. Wie der Oberbürgermeister betont, will man bewußt an die jüdische Stadtgeschichte anknüpfen und das Erbe, so gut es geht, pflegen. Ralf Bachmann

Seitenblick

Mißgriffe

Immer wieder gibt es Anlässe, sich über allzu sorglosen Umgang mit der Sprache zu ärgern. Vor einigen Wochen hatten wir auf den politischen Mißbrauch bestimmter, eindeutig besetzter Vokabeln durch CDU- und CSU-Politiker aufmerksam gemacht (BNR 12/98). Bedauerlicherweise gibt es auch bei Sozialdemokraten solche Ausrutscher.

So ließ sich der frühere Bremer Bürgermeister und EU-Administrator von Mostar, Hans Koschnick (SPD), im Zorn zu der Bemerkung hinreißen: „Wenn man über Nacht einbricht wie zu Gestapo-Zeiten“, könne man Bosnien-Flüchtlinge bestimmt nicht zu freiwilliger Rückkehr bewegen. Was er meinte, ist nachvollziehbar: Er wollte in drastischer Weise auf üble Abschiebepraktiken aufmerksam machen. So verständlich Koschnicks Wutausbruch war, der Vergleich mit Hitlers Gestapo ist ebenso unangemessen wie nächtliche Polizeiaktionen gegen bosnische Flüchtlingsfamilien.

Auch der als Kultur-Sprecher ins SPD-Wahlteam berufene Verleger Michael Naumann verstieg sich zu einer böartigen Formulierung. Ihn erinnerten Pläne für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin an die Monumentalbauten des Nazi-Architekten Albert Speer. Diese Parallele ist unzulässig. Eine Gedenkstätte für die Ermordeten mit der Architektur der Mörder gleichzusetzen, ist undurchdacht. Immerhin hat Naumann später im ZDF-Gespräch mit Ruprecht Eser, der ihm dazu einfühlsam die Brücke baute, den Mißgriff „vom Tisch“ genommen.

Ähnlich unglücklich ist ein Kommentar aus der Münchner „Abendzeitung“ zum Staatsbürgerschaftsrecht: „Nur in Deutschland ... heißt es wie in braunen Zeiten: Blut statt Boden.“ Auch das ist eine maßlos übertriebene Verzerrung unter Zuhilfenahme einer Nazipropaganda-Parole.

Daß während der Fußball-Weltmeisterschaft ein Sportkommentator nach einem einschläfernden Spiel der deutschen Nationalmannschaft ausrief „Deutschland erwache!“, mag auf fehlende Kenntnis des Ursprungs dieses Zitats zurückzuführen sein, ist aber trotzdem nicht zu entschuldigen.

Daß aber in den ARD-„Tagesthemen“ ein Reporter über den Zustand der CDU mit den Worten berichtete „Die Reihen fest geschlossen“, ist nicht als Geschmacklosigkeit abzutun. Irgendjemand hätte es bei der Abnahme des Beitrags doch merken müssen.

Helmut Lölhöfel

Am Rande

Nachrichtensperre

Für Berliner und Brandenburger Zeitungsleser gehören sie fast zum Alltag: Meldungen über Hakenkreuzschmierereien auf dem Gelände der ehemaligen KZs in Sachsenhausen und Ravensbrück, nazistische Kommentare in den Gästebüchern, „Jude Verrecke“-Sprüche an den Toilettenwänden.

Jetzt muß die Öffentlichkeit derartige Nachrichten nicht mehr ertragen - weil sie ihr nicht mehr mitgeteilt werden. Per Erlaß vom 9. Juli hat das Potsdamer Innenministerium das Oranienburger Polizeipräsidium angewiesen, kleinere rechtsextremistische Vorfälle in den Gedenkstätten nicht mehr zu melden und Journalisten auch auf Nachfrage keine Auskunft zu geben. Informiert werden soll künftig lediglich über „einschlägige Straftaten von außergewöhnlicher Bedeutung, zum Beispiel großflächige Sprühaktionen“. Hinter dem Erlaß steckt eine Bitte der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, die so verhindern will, daß andere durch rechtsextreme Straftaten zu ebensolchen ermuntert würden. Von Seiten des Potsdamer Ministeriums stellt man sich hinter diese Argumentation: „Langjährige Polizeierfahrung“ zeige, daß Nachahmungen durch Veröffentlichungen begünstigt würden, erklärt eine Sprecherin, „vor allem im Bereich von Schülermutproben und ähnlichem“.

Den zuständigen Ermittlern allerdings sind Nachahmertaten bisher nicht als größeres Problem aufgefallen. Weder in der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder noch in Neuruppin kann man sich daran erinnern, damit zu tun gehabt zu haben. Er könne „nicht wirklich ausschließen, daß es soetwas gibt“, erklärt der für den Kreis Oranienburg zuständige Staatsanwalt Gerd Schnittcher aus Neuruppin, „aber gehört habe ich es noch von niemandem“.

Auf völliges Unverständnis stößt das Vorgehen Ziels auch bei einigen derer, die in unmittelbarem Kontakt mit den Brandenburger Gedenkstätten stehen. „Schweigen hat noch nie dazu geführt, daß ein Problem sich von selbst gelöst hat“, sagt Johannes Zerger, Pressesprecher von Aktion Sühnezeichen. Angesichts der „ernstzunehmenden Vorfälle, die längst kein Randphänomen mehr seien“, könne nur eine informierte Öffentlichkeit das Bewußtsein entwickeln, sich offensiv gegen rassistische und antisemitische Tendenzen zu stellen.

Mit dem Erlaß hat Innenminister Ziel dem Image seines Landes ganz offensichtlich keinen Gefallen getan.

Jeannette Goddar

Bücherschau

SS als Unternehmer

Mit der SS wird gemeinhin organisierter Terror, Verfolgung und Ermordung der Juden in Deutschland und den überfallenen Ländern assoziiert. Zudem wird man daran denken, daß der Besitz der Verfolgten und Ermordeten geraubt, den Toten das Zahngold herausgebrochen wurde. Weniger bekannt dürfte sein, daß die SS - aus ökonomischen wie politischen Gründen, nämlich zur Sicherung ihres Einflusses im Kräftespektrum des Nazi-Systems - ein Wirtschaftsimperium aufgebaut hat. Walter Naasner, Archiv im Bundesarchiv, hat mit seiner, mit wissenschaftlicher Akribie erarbeiteten und auf bisher kaum genutztes Quellenmaterial gestützten Publikation erstmals umfassend darauf aufmerksam gemacht.

Der SS stand mit den KZ-Häftlingen ein unerschöpfliches Potential an Arbeitssklaven zur Verfügung, die bis auf den Tod ausgebeutet werden konnten. Dieser Umstand und die Effektivität von Wirtschafts- und Verwaltungsexperten ermöglichten es, daß seit 1934 von der SS geführte Betriebe in den unterschiedlichsten Wirtschaftszweigen - von Keramik-Werkstätten, Lebensmittel-Produzenten, Buch-Verlagen bis zu Erholungsheimen - prosperierten. Einen besonderen Stellenwert bekamen - zumal in den Kriegsjahren - Rüstungsbetriebe, mit denen die SS-Wirtschaft kooperierte, und in denen Häftlinge als Zwangsarbeiter gepeinigt wurden. An dem alle SS-Unternehmen umfassenden Konzern, der 1940 gegründet wurde, waren mehrere hundert Betriebe beteiligt; zudem existierten Stiftungen und Vereine, die der ideologischen Ausrichtung, aber auch der Expansion des „Deutschtums“ dienten. So sollte etwa der „Deutsche Reichsverein für Volkspflege und Siedlerhilfe“ „in den von nichtdeutschen Völkergruppen besiedelten deutschen Randgebieten Deutschlands durch systematische Ansiedlung von Deutschen den deutschen Einfluß fördern.

Die vorliegende Arbeit stützt sich weitgehend auf den quellenkritisch dokumentierten „Mindener Bericht“, den die Verantwortlichen des SS-Wirtschaftsimperiums in der britischen Kriegsgefangenenschaft anfertigen mußten. Hinzu kommen weitere Dokumente, die dem Bundesarchiv unter anderem aus DDR-Archiven und dem ehemaligen Document Center in Berlin zugegangen waren. Er-

gänzt wird der sorgfältig dokumentierte und kommentierte Band mit biographischen Darstellungen der SS-Wirtschaftsführer. Diesen ist - mit einer Ausnahme eines zum Tode verurteilten - gemein, daß sie im Jahr 1951 vom US-amerikanischen Hochkommissar in Deutschland, McCloy, begnadigt bzw. ihre Strafen deutlich reduziert wurden. Offenkundig galten sie nunmehr - der Kalte Krieg hatte begonnen - wieder als verwendbar. Leider verlieren sich jedoch bei den meisten dieser Wirtschaftsexperten die Spuren in der bundesdeutschen Aufschwung-Gesellschaft.

Der vorliegende Band wird vor allem jenen nutzen, die sich wissenschaftlich mit diesem Bereich auseinandersetzen. Er wird aber auch anderen - etwa Lehrern - dienlich sein, die gestützt auf dieses Material darstellen können, welche Methoden die SS als Teil des Nazi-Systems anwandte, um dieses zu stützen und zugleich dessen Expansion ökonomisch zu nutzen. Die vom Bundesarchivar Walter Naasner zusammengetragenen, gesichteten und kommentierten Dokumente erweitern jedenfalls den Blick in die Nazi-Vergangenheit: Mord und Terror, Zwangsarbeit und Expansion, die systematische Vernichtung von Minderheiten und die ideologische Flankierung dieser Verbrechen - sie waren auch eine Variante von Gewinnstreben. Rudolf Schwinn

Walter Naasner. SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung, Düsseldorf 1998, Droste-Verlag, 394 Seiten, DM 98.

**Veranstaltungshinweis**

Berlin - Im Centrum Judaicum findet am 3. September eine Veranstaltung mit dem Titel „Rechte machen Kasse - Gelder und Finanziere der braunen Szene“ statt. Die Journalistin Franziska Hundeseder, die dazu auch ein Buch verfaßt hat, berichtet in ihrem Vortrag darüber, wie die Geldbeschaffungsmaschinerie der extremen Rechten funktioniert: von der staatlichen Alimentierung dubioser Stiftungen über Spenden von Unternehmern und Einzelpersonen bis hin den vielfältigen Geschäften der braunen Szene selbst. Die versierte Rechtsextremismus-Expertin ist Trägerin des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises. Durchgeführt wird die Veranstaltung vom Verein „Gegen Vergessen - für Demokratie, der Stiftung „Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum“ und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Berlin.

Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28-10, 10117 Berlin, Donnerstag 3. September, 19.00 Uhr.

Meldungen

■ **Aumühle** - In der kleinen Gemeinde Aumühle nahe Hamburg marschierten am Sonnabend, den 8. August, 130 Neonazis an der Grabstätte Otto von Bismarcks auf. Hinter dem Transparent - „Bismarck ein sozialer Nationalist“ marschierte auch Michael Swierczek, einst Gründer der mittlerweile verbotenen „Nationalen Offensive“. Swierczek hielt den zentralen Redebeitrag bei dem neonazistischen Spektakel. Angemeldet wurde die genehmigte Demonstration von den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und dem „Sozialen und nationalen Aktionsbüro Norddeutschland“, dem der ehemalige Vorsitzende der ebenfalls verbotenen „Nationalen Liste“, Hamburg, Thomas Wulff, zugerechnet wird. Letzterer war allerdings nicht bei dem Aufmarsch zugegen.

■ **Berlin** - Frank Schwerdt (55), NPD-Bundesvorstandsmitglied (zuvor Mitglied der CDU und der REP), kann seine Partei beim Bundestagswahlkampf nicht unterstützen. Im Juli wurde der 54-jährige Rechtsextremist vom offenen in den geschlossenen Vollzug verlegt. In der Justizvollzugsanstalt Tegel sitzt Schwerdt nun eine neunmonatige Haftstrafe ohne Bewährung wegen Verbreitung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen ab - in einer Zelle „ohne Licht“ und bekleidet mit einem Häftlingsdreß, der „ihm viel zu klein“ sei, wie das „Nationale Infotelefon Preußen“ verkündet.

■ **Berlin** - Unter dem Motto „Recht auf Heimat“ wollen am 3. Oktober in Berlin mehrere rechtsextreme und revanchistische Gruppierungen aufmarschieren. Nach einem Gang durchs Brandenburger Tor soll bei der Siegessäule eine Abschlußkundgebung stattfinden. Einen entsprechenden Demonstrationaufruf haben auch Einzelpersonen unterzeichnet; darunter: Hans Werner Bracht, Carl-Artur Bühring, Gerhard Hirsch, Robert Holler, Eckhart Holtz, Roswitha Müller, Siegfried Neubacher, Werner Obst, Hartmut Parsiegla, Horst Pasternack, Bruno Riech, Jürgen Schützinger, Franz Schwengsbier, Walter Staffa, Leo Thenn, Mario Meurer, Horst Uhlich und Horst Zaborowski.

■ **Bonn** - Nicht zugelassen wurde die NPD zur Teilnahme an der Bundestagswahl in Thüringen, da sie die erforderlichen 1956 Unterstützerunterschriften nicht rechtzeitig eingereicht hat. Die Beschwerde der NPD, vertreten durch den Rechtsanwalt und stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hans-Gün-

ter Eisenecker, der u.a. höhere Gewalt geltend gemacht hatte, wurde vom Bundeswahlausschuß in Bonn am 6. August zurückgewiesen. Gescheitert ist ebenso der „Bund Freier Bürger“ mit der Beschwerde gegen die Zurückweisung seiner Landesliste in Sachsen-Anhalt, die vom Bundeswahlausschuß gleichfalls abschlägig beschieden wurde. Der BFB hatte die erforderlichen 2.000 Unterstützer-Unterschriften nicht rechtzeitig beibringen können, eine Liste mit 20 Namen wurde von der Kriminalpolizei wegen des Verdachts auf Urkundenfälschung beschlagnahmt.

■ **Bonn** - Das FDP-„Diskussionsforum“ (Bonn) im Internet wird in jüngster Zeit regelmäßig von Rechtsextremisten mißbraucht, die dort ihre politische Ideologie ungefiltert an den Mann/die Frau bringen wollen. Einer der Vielschreiber ist der Neonazi Günter Kursawe (Kronach/Bayern; Pseudonym im Thule-Netz: „Undertaker“), zugleich regelmäßiger Leserbriefschreiber in der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) und Aktivist der sogenannten „Anti-Antifa“.

■ **Bruchsal** - Unter dem Motto „Freiheit für Günter Deckert“ fand am 18. Juli eine Kundgebung von Rechtsextremisten vor der Justizvollzugsanstalt Bruchsal (JVA) in Baden-Württemberg statt. Zu der Demonstration hatte der Kreisverband Rhein-Neckar der NPD aufgerufen. Rund 70 Neonazis, darunter viele jugendliche Skinheads, formierten sich auf dem Schloßhof der Barockstadt und zogen dann mit Fahnen, Trommeln und Transparenten vor die JVA Bruchsal, wo Deckert wegen Volksverhetzung und anderer Delikte einsitzt. Zugewen waren u.a. auf der Demo: Eric Rössler (NPD-Landesvorstandsmitglied Baden-Württemberg) und Christian Hehl (JN-Beauftragter für die Region Vorderpfalz). Nachdem bereits am 21. März eine derartige Kundgebung der NPD - damals mit etwa 120 Teilnehmern - statt fand und von der Stadt Bruchsal (Oberbürgermeister Bernd Doll; CDU) geduldet wurde, war dies der zweite Neonazi-Aufmarsch innerhalb kürzester Zeit in der Spargelmetropole Europas.

■ **Fallingbostal** - Die „Republikaner“ kündigen am 11. September eine Wahlkampfveranstaltung in Fallingbostal an. Dafür hat sich die Heidemark-Halle, die ca. 300 Personen faßt, reserviert. In der Ratssitzung vom 20. Juli haben sich die Vertreter von SPD, CDU, FDP und Grünen einstimmig gegen die REP-Veranstaltung ausgesprochen. Ein Bündnis zusammen mit Gewerkschaften fordert die Auflösung des abgeschlossenen Mietvertrages.

■ **Hamburg** - Der frühere Springer-Journalist („Bild“, „Hör-Zu“) Joachim Siegerist (51), der im Oktober Ministerpräsident in Lettland werden will (vor Ort führt er die nationalistische Partei „Volksbewegung für Lettland/Siegerist-Partei“), baut zugleich in der Bundesrepublik die Aktivitäten seines rechtsextremen Vereins „Die Deutschen Konservativen“ (Hamburg) aus. Beliebt in den Reihen der „Deutschen Konservativen“, die an den Grenzen von 1937 festhalten, scheinen Reisen ins Ausland zu sein. So findet im September eine Fahrt nach Rumänien statt, bei der es auch zu einem Treffen mit der Ceausescu-Schwester Barbulescu kommen wird. Im November geht dann nach Israel. Als Reiseleiter fungiert Pfarrer Winfried Pietrek, Vereinsmitglied der „Deutschen Konservativen“ und Autor im Organ der „Christlichen Mitte“. Nach der Israel-Reise findet dann ein „kleiner Jahres-Kongreß“ statt. Im Rundbrief der „Deutschen Konservativen“ heißt es dazu: „Nach den Bundestagswahlen und den Wahlen in Lettland werden wir diesen Kongreß - mit vielen interessanten Referenten - zu einer neuen Positions-Bestimmung nutzen.“

■ **Hamburg** - Von der neonazistischen Publikation „Zentralorgan“ ist Ende Juli die dritte Ausgabe erschienen. Titelthema ist der einstige Stellvertreter Hitlers: „Im August gedenkt der Nationale Widerstand dem Märtyrer des Friedens, Rudolf Heß“, denn am „17. August 1998 jährt sich der Mord an dem Friedensflieger zum 11. Male.“ Weiterhin findet sich im „Zentralorgan“ ein Interview mit dem DVU-Landtagsabgeordneten Mirko Mokry aus Sachsen-Anhalt. Im Inneren des „Zentralorgan“ fand ein Wechsel statt. Statt wie bisher „Moonstomp“ gibt es nun „Blitzkrieg“ als Skinzinebeilage. Der Grund hierfür ist eine mutmaßliche Veruntreuung von Spendengeldern durch Bernd Krick, dem langjährigen Macher des „Moonstomp“ aus dem Umfeld der „Sauerländer Aktionsfront“. Nach einem verstrichenen Ultimatum beendete das „Zentralorgan“ nunmehr die Zusammenarbeit mit dem 26jährigen Skinhead Krick.

■ **Horb** - Um den Betrieb des rechtsextremen Szenetreffs „Comico“ im baden-württembergischen Horb am Neckar (Kreis Freudenstadt) zu sichern, startete jüngst eine „Nationale Initiative: Rettet das Comico“. Ziel ist es, die Kaufsumme von rund einer dreiviertel Million für die Immobilie aufzubringen, um langfristig den Weiterbetrieb der braunen Gaststätte zu gewährleisten. Der Pachtvertrag zwischen der Stadt Horb und dem 38jährigen Wirt Roberto Kammel läuft im folgenden Jahr aus. Die

Stadtverwaltung hat angekündigt, anstelle der weit hin sichtbaren Gaststätte Neubauwohnungen bauen zu lassen. Die Bedeutung des „Comico“ für die rechtsextreme Szene im Lande „eine der größten nationalen Jugendzentren in Baden-Württemberg“ hat seit der Eröffnung zu Beginn des Jahres 1997 noch zugenommen, seitdem im Frühjahr die rechte „Sonderbar“ in Calw-Hirsau (Kreis Calw) ihren Betrieb eingestellt hat. Der Kontostand der „Nationalen Initiative: Rettet das Comico“ betrug Mitte Juli allerdings lediglich 1.600 Mark.

■ **Koblenz** - Die nationalrevolutionär ausgerichtete Zeitschrift „wir selbst“, die im „Verlag Siegfried Bublies“ im rheinland-pfälzischen Koblenz erscheint, hat die Zusammensetzung ihrer Redaktion geändert. Ihr gehören ab Heft 1/1998 an: Elfriede Fink (Autorin: „Burschenschaftliche Blätter“, „Junge Freiheit“, „Ökologie“ = Organ der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ >UÖD<), Hanno Borchert (Autor: „Junge Freiheit“, „Ökologie“; Hamburger Regionalbeauftragter der „Deutschland-Bewegung“ des Alfred Mechttersheimer), Ulrich Behrenz (Autor: „Junge Freiheit“; Funktionär der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“), Uwe Meenen (Ex-Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten“, später Landtagskandidat der bayrischen „Republikaner, zeitweilig Bundesvorsitzender der „Jungen Republikaner“ und Vorstandssprecher der Gruppe „Sache des Volkes“) sowie Roland Wehl (Autor: „Junge Freiheit“; Referent bei den „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“; war bis Mitte der 80er Jahre Mitglied der „Alternativen Liste“ in Berlin.

■ **Kiel** - Das Finanzministerium in Kiel hat dem Verein „Ferienheim Schönhagen“ jetzt die Gemeinnützigkeit entzogen. Dieser steht dem rassistischen „Bund für Gotterkenntnis“ (Ludendorffer) nahe (siehe BNR 15/98). Bundesweit soll es rund 250 aktive Ludendorffer geben, 30 davon im nördlichsten Bundesland. Die Anhänger verbreiten die rassistisch-religiösen Theorien der Ehefrau des Generals aus dem Ersten Weltkrieg, Mathilde Ludendorff. Der „Bund für Gotterkenntnis“ läßt keine andere Religion neben sich zu. Dies war auch der Aufhänger, weshalb das Finanzministerium jetzt eingeschritten ist.

■ **München** - Zu den Landtagswahlen in Bayern am 13. September treten die „Republikaner“ in allen sieben Regierungsbezirken zur Wahl an. Vor vier Jahren erzielten sie bei den Landtagswahlen ein Ergebnis von 3,9 Prozent (453.872 Stimmen). Der

„Bund Freier Bürger“, der bei den Wahlen von 1994 mit 0,4 Prozent (52.260 Wählerstimmen) aufwartete, ist dieses Mal ebenfalls in sämtlichen sieben Regierungsbezirken mit Wahlkreisvorschlägen vertreten. Auch die rechtsextremistische NPD nimmt an den Landtagwahlen teil, kandidiert allerdings nicht in Niederbayern. An rechten Parteien treten ferner die „Bayernpartei“, die „Automobile Steuerzahler-Partei und die „Partei Bibeltreuer Christen“ an.

■ **Münster** - Die NPD und ihre Nachwuchsorganisation JN rufen zu einer bundesweiten Großdemonstration gegen die Wehrmachtsausstellung am 12. September in Münster auf. Das Motto lautet: „Stoppt die antideutsche Hetze! Keine Ruhe für die Schandausstellung!“ Entsprechende Flugblätter hält der NPD/JN-Landesverband Nordrhein-Westfalen schon seit Wochen vorrätig. Presserechtlich verantwortlich ist der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Henning. Der betreibt seit Anfang 1997 den Server für die NPD im Internet, wo er zugleich Werbung für seine Firma „Wobo-Druck“ (Bochum; „Ihre Werbung. Von der Idee bis zum Druck - Kostengünstig aus einer Hand“) macht.

■ **Passau** - „Auf nach Passau!“ heißt es auch in diesem Jahr wieder für die Anhängerschar des Gerhard Frey zur Großkundgebung in der Passauer Nibelungenhalle am 26. September. Beginn der Veranstaltung mit dem DVU-Vorsitzenden Frey als Hauptredner ist 12.30 Uhr. Angekündigt sind wie jedes Jahr „weitere hochkarätige Redner aus dem nationalen Lager“, ferner die „Verleihung des Andreas-Hofer-Preises“ u.a.. Mitfahrgelegenheiten dazu werden seit Wochen mittels der Frey-Presse organisiert. Ob der Termin schon vor dem Entschluß der DVU, flächendeckend an den Bundestagswahlen am 27. September teilzunehmen, feststand, mag dahingestellt bleiben. Die Stadt Passau, die früher das seit 16 Jahren in Passau stattfindende rechtsextremistische Spektakel regelmäßig mit Hilfe der Gerichte unterbinden lassen wollte und regelmäßig damit scheiterte, hatte sich im vergangenen Jahr entschlossen, der DVU die Nibelungenhalle ohne juristische Gegenwehr zu überlassen.

■ **Stockstadt (Bayern)** - Die zweimonatlich erscheinenden „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ unter der Hauptschriftleiterin Lisbeth Grolitsch laden derzeit zur 22. Gästewoche vom 12. bis zum 19. September ein. Das Motto der Veranstaltung lautet „Organisches Denken und Bruchstückdenken. Gegen das politische

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Zertrümmern aller gewachsenen Ordnung“. Der „Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.“ wurde 1982 gegründet. Der neonazistischen Vereinigung gehören rund 280 Mitglieder an. Vorsitzende ist die Grazerin Grolitsch, die zugleich Präsidentin der „Deutschen Kulturgemeinschaft“ (DKG) in Österreich ist. Der „Freundeskreis“ ist personell nahezu identisch mit der DKG und der „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur“. Der Namensträger des „Freundeskreises“, Ulrich von Hutten, hatte um 1529 einen veritablen Hermann-Kult in der deutschen Poesie begründet. Sein „Arminius“ ist ein ebenso kühner wie tugendhafter Befreier der Deutschen von der „römischen Tyranis“.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto